

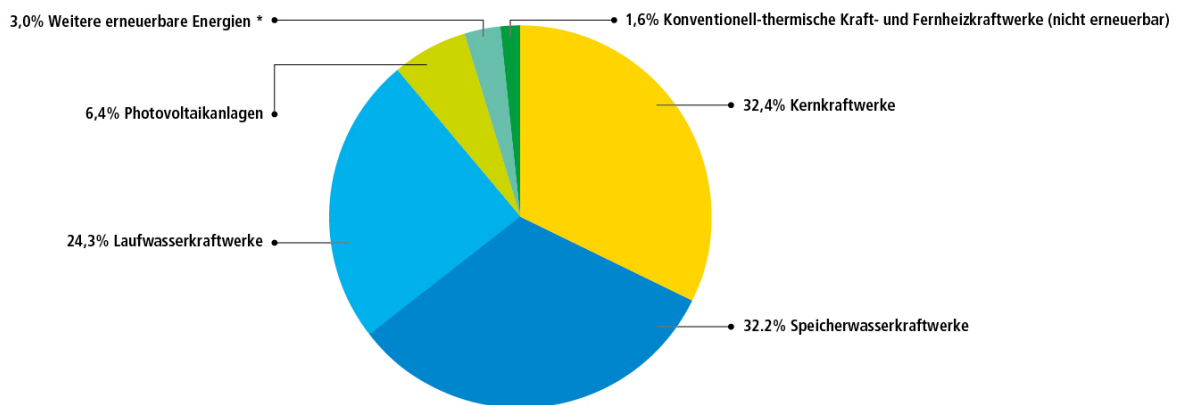


Faktenblatt: Volksinitiative "Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» und indirekter Gegenentwurf

Zahlen und Fakten zur Kernenergie in der Schweiz

In der Schweiz gingen zwischen 1969 und 1984 fünf Kernkraftwerke (KKW) an vier Standorten in Betrieb. Nach der Ausserbetriebnahme des KKW Mühleberg Ende 2019 sind aktuell noch vier KKW an drei Standorten in Betrieb. Sie verfügen allesamt über eine unbefristete Betriebsbewilligung und können am Netz bleiben, solange sie sicher sind. Die Betreiber planen aktuell mit einer Betriebsdauer von 60 Jahren, was aus Sicht des Bundesamts für Energie (BFE) plausibel erscheint. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) überprüft als unabhängige Aufsichtsbehörde laufend, ob die Sicherheit gewährleistet ist. Die bestehenden KKW tragen nach wie vor einen wesentlichen Anteil zur Stromproduktion in der Schweiz bei (2023: rund 35%).

Fig. 1 Stromproduktion 2023 nach Kraftwerkategorien



* Konventionell-thermische Kraft- und Fernheizkraftwerke (erneuerbar) sowie Feuerungen mit Holz und Holzanteilen, Biogasanlagen und Windenergieanlagen.

BFE, Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2023 (Fig. 1) [erweitert]

Steigender Strombedarf

Gemäss den Energieperspektiven 2050+ des BFE steigt der Strombedarf (Landesverbrauch) je nach Szenario in der Schweiz von aktuell rund 60 Terawatt-Stunden (TWh) kontinuierlich auf schätzungsweise rund 70 bis 80 TWh im Jahr 2050. Grund dafür ist neben dem Bevölkerungswachstum, dass sich das Volk im Rahmen des Klima- und Innovationsgesetzes für die Klimaneutralität bis 2050 entschieden hat. Zur Dekarbonisierung ist die Schweiz auf grosse Mengen an zusätzlichem Strom angewiesen. Offen ist, ob der Ausbau der erneuerbaren Energien rasch genug erfolgen wird, um die wegfallenden Kapazitäten und den steigenden Strombedarf rechtzeitig decken zu können. Wichtig dabei ist, dass für ein stabiles Stromnetz genügend Energie im Schweizer Strommarkt vorhanden ist. Eine technologieoffene Haltung öffnet dabei den Fächer der Handlungsoptionen. Die Kernenergie könnte eine dieser Optionen sein.



Bedeutung der geopolitischen Lage

Der Ukraine-Krieg hat die energiepolitische Verwundbarkeit und Abhängigkeit Europas offenbart und löste in der Folge auch in der Schweiz die Gefahr einer Energie-Mangellage aus. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz hat in seiner nationalen Risikoanalyse «Katastrophen und Notlagen Schweiz» eine Strommangellage als grösstes Gefährdungsrisiko für die Schweiz identifiziert. Eine ausreichende inländische Stromproduktion hat für unser Land einen strategischen Mehrwert. In Europa hat in jüngerer Vergangenheit auf breiterer Basis ein Umdenken in Bezug auf die Kernenergie stattgefunden: Neben Frankreich, Finnland und Grossbritannien wollen auch weitere Staaten wie die Niederlande, Polen, Schweden oder die Slowakei wieder in diese Technologie investieren.

Bedarf an qualifizierten Fachkräften

Vor dem Hintergrund des Neubauverbots bzw. des schrittweisen Ausstiegs aus der Nutzung der Kernenergie ist die Verfügbarkeit von gut ausgebildeten Fachkräften eine Herausforderung für die Betreiber der KKW. Ohne Massnahmen zum Erhalt und Ausbau der Fachkräfte droht ein Know-how-Verlust, der auch nachteilige Folgen auf den Langzeitbetrieb und dereinstigen Rückbau der bestehenden KKW sowie einen allfälligen Neubau von KKW hat. Die Aufhebung des Neubauverbots wäre ein Signal für potenzielle qualifizierte Fachkräfte, die Kernenergie als langfristig attraktives Arbeitsumfeld wahrzunehmen.

Hintergrundinformationen

Worum es geht

Die eidgenössische Volksinitiative «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» wurde am 16. Februar 2024 bei der Bundeskanzlei eingereicht. Der Bundesrat nimmt im Rahmen einer Botschaft an das Parlament innert Jahresfrist Stellung zur Initiative. Wenn der Bundesrat vorgängig einen Gegenvorschlag zum Volksanliegen beschliesst, verlängert sich die Frist für die Überweisung der Botschaft an die Räte um ein halbes Jahr. Der Bundesrat hat im Rahmen einer Aussprache über die Stossrichtung der Positionierung zur Volksinitiative am 14. August 2024 beschlossen, einen indirekten Gegenvorschlag zu erarbeiten.

Inhalt der Volksinitiative

Die Volksinitiative verlangt mit einem neuen Artikel 89 Absatz 6 der Bundesverfassung (BV), dass die Stromversorgung jederzeit sichergestellt sein muss und dass der Bund dafür die Verantwortlichkeiten festlegt. Die Initiative fordert eine Neuausrichtung der föderalistischen Zuständigkeitsordnung, die gemäss geltendem Recht zwischen Bund und Kantonen aufgeteilt ist (Art. 89 Abs. 1 BV).

Im Weiteren fordert die Initiative, dass die Stromproduktion umwelt- und klimaschonend zu erfolgen hat, wobei alle klimaschonenden Arten der Stromerzeugung zulässig sind (Abs. 7). Sie will damit das seit dem 1. Januar 2018 geltende Verbot der Erstellung neuer Kernkraftwerke (KKW) aufheben.

Eckwerte des Bundesrates zur Volksinitiative

Der Bundesrat hat am 28. August 2024 die Stossrichtung zur Positionierung «Jederzeit Strom für alle (Blackout stoppen)» festgelegt. Der Bundesrat wird auf Basis der beschlossenen Eckwerte bis Mitte August 2025 eine Botschaft zur Volksinitiative mit indirektem Gegenvorschlag an das Parlament überweisen.

Dabei wird der Bundesrat die Initiative zur Ablehnung empfehlen. Grund hierfür ist zum einen, dass der Bundesrat in der Energiepolitik keine Neuordnung der föderalistischen Kompetenzaufteilung zwischen Bund und Kantonen anstossen will. Stattdessen soll die geltende Ordnung gemäss Artikel 89 Absatz 1 der BV erhalten bleiben. Der Bundesrat möchte sich auf die langfristige Sicherstellung der Stromversorgung konzentrieren.

Dafür will der Bundesrat dem Parlament mit einem indirekten Gegenvorschlag eine Streichung von Artikel 12a des Kernenergiegesetzes beantragen, um so das Verbot zur Erstellung von neuen KKW aufzuheben. Eine Verfassungsänderung ist dafür nicht nötig.

Die Aufhebung des Neubauverbots bedeutet nicht, dass der Bau neuer KKW in der Schweiz bereits beschlossene Sache ist. Es geht vielmehr darum, für unser Land durch eine technologieoffene Haltung Handlungsspielräume zu schaffen. Gleichzeitig wird damit im Bereich der Nukleartechnologie ein Signal an junge Nachwuchskräfte gesendet. Denn neue qualifizierte Fachkräfte wären nicht nur beim Neubau eines KKW sehr gefragt, sondern es braucht sie auch für die Sicherstellung des Langzeitbetriebs und den Rückbau der bestehenden KKW.